

Antrag an den CDU Parteitag am 22./23.11.2019 in Leipzig

Europa 2019 – 2024: Auf Kernthemen konzentrieren – Subsidiarität leben – ordnungspolitischen Kompass einhalten

1 Europa hat gewählt. Eine neue EU-Kommission nimmt ihre Arbeit auf. Und die EZB bekommt eine
2 neue Führung. Als CDU Deutschlands bringen wir uns in die zukünftige Agenda der
3 Europäischen Union ein. Deswegen stellen wir aktuell folgende Forderungen:

(1) Konzentration auf Kernthemen

4
5
6
7 Wir fordern von der EU-Kommission eine Fokussierung auf Kernthemen, bei denen europäische
8 Lösungen einen echten Mehrwert bringen. Dies sind Sicherheit, Verteidigung, Migration,
9 Energie- und Klimapolitik sowie die Weiterentwicklung des Binnenmarkts. In der Außen- und
10 Sicherheitspolitik muss es anstatt des Einstimmigkeitsprinzips künftig Entscheidungen nach
11 dem Mehrheitsprinzip geben. Kernpunkt einer gemeinsamen Migrations- und Asylpolitik muss
12 eine Verteilquote auf alle EU-Länder mit Asylvorentscheidungen schon an den Außengrenzen
13 sein. Die Sozial- und Gesundheitspolitik muss Aufgabe der Nationalstaaten bleiben. Soziale
14 Europäische Versicherungs- oder Rückversicherungssysteme lehnen wir ab.

(2) Subsidiarität leben

15
16
17
18 Die Mitgliedstaaten müssen früher und intensiver in die Gesetzgebungsprozesse eingebunden
19 werden, sich aber auch selbst rechtzeitig einbringen. Wir wollen, dass Subsidiaritätsprüfungen
20 keine Formalitäten für die nationalen Parlamente sind, sondern ein vollumfängliches Vehikel zur
21 Beteiligung. Auf EU-Ebene brauchen wir eine unabhängige Prüfung von Gesetzesentwürfen.
22 Daher fordern wir, den bestehenden EU-Ausschuss für Regulierungskontrolle zu einem echten
23 Normenkontrollrat auszubauen. Dieser muss Gesetzesvorschläge unabhängig auf
24 Regulierungsaufwand, Folgewirkungen und Einhaltung von Zuständigkeiten überprüfen. Jegliche
25 mittelstandsrelevante Gesetzgebung muss einem KMU-Test unterzogen werden. Grundsätzlich
26 sollte, sobald ein neues Gesetz verabschiedet wird, der neu entstandene Regulierungsaufwand
27 an anderer Stelle abgebaut werden. Dieses sogenannte „One-in-one-out“ – Prinzip muss
28 Standard werden.

(3) Bekenntnis zum Binnenmarkt und Durchstarten beim Freihandel

29
30
31
32 Die EU muss als Vorreiterin für freien Handel und Multilateralismus weiterhin gemeinsam
33 agieren. Der WTO-Rahmen bedarf einer Überprüfung und sollte schärfere
34 Sanktionsmöglichkeiten bei Wettbewerbsverzerrungen bekommen. Neue Handelsabkommen
35 sollten angestrebt werden und stärker auch Sozial- und Ökodumping berücksichtigen. In Europa
36 brauchen wir gerade mit dem Brexit vor Augen ein neues Bekenntnis zum Binnenmarkt. Wir
37 fordern eine Anpassung des Wettbewerbsrechts an das digitale Zeitalter und den Einsatz für
38 europäische und globale Steuergerechtigkeit. Wettbewerbsschädliche A1-Bescheinigungen sind
39 abzuschaffen, der ökologische Überbürokratisierung von Finanz- und Versicherungs-
40 marktregeln ist Einhalt zu gebieten.

(4) Schuldengrenzen einhalten - ultralockere Geldpolitik beenden

41
42
43

44 Die Antwort auf nationale Verstöße gegen Schuldengrenzen darf nicht die europäische
45 Vergemeinschaftung von Schulden und Sozialsystemen sein. Wir fordern die strikte Einhaltung
46 der europäischen Stabilitätskriterien. Das Prinzip von Verantwortung und Haftung muss gelten.
47 Die ultralockere EZB-Geldpolitik muss mit der neuen EZB-Führung beendet werden. Es hat sich
48 gezeigt, dass billiges Geld und Anleiheaufkäufe keine Konjunkturbelebung erreichen. Will man
49 Vertrauen von Investoren erlangen, braucht es kein billiges Geld, sondern Reformen in den
50 Nationalstaaten.